

SPD I

## Basis-Debatte über Hartz IV

Die SPD-Spitze will ihre Parteibasis an der Korrektur von Hartz IV beteiligen. Parteichef Sigmar Gabriel plant, den Mitgliedern in den nächsten Monaten die Gelegenheit zu geben, über die intern höchst umstrittene Reform zu debattieren und eigene Stellungnahmen vorzulegen. Nach Angaben aus der SPD-Führung will er dabei das gleiche Verfahren anwenden, nach dem die Basis sich zuletzt an der SPD-Entscheidung zur Zukunft des Afghanistan-Einsatzes beteiligen konnte, ohne formal darüber abzustimmen. Zunächst soll sich das Präsidium mit einem Vorschlag zur Korrektur der einst unter der rot-grünen Bundesregierung beschlossenen Arbeitsmarktreform befassen, wahrscheinlich am Montag der kommenden Woche. Das Papier wird derzeit in der engsten Parteispitze abgestimmt. Am 22. März sollen die im Präsidium beschlossenen Grundzüge dann bei einer Betriebsrätekonferenz in Bochum erläutert werden, um noch vor der nordrhein-westfälischen Landtagswahl am 9. Mai ein Signal an die SPD-Kernklientel zu senden. Danach soll es eine eigene Veranstaltung zum Thema geben, bevor die Gliederungen der Partei über die Position diskutieren und ihre Rückmeldungen an die SPD-Spitze schicken können. Einen endgültigen Beschluss wird die Partei nach den derzeitigen Plänen dann beim Parteitag im September fassen. Die Neujustierung der umstrittensten Reform der vergangenen Jahre gehört zu den wichtigsten Anliegen Gabriels, der die Basis mit der Reformpolitik versöhnen und enttäuschte einstige Stammwähler zurückgewinnen will. Hartz IV gilt dabei als entscheidendes Symbolthema.



Kraft

BERND THISSSEN / DPA

SPD II

## „Straßen säubern, Bücher vorlesen“

Hannelore Kraft, 48, NRW-Spitzenkandidatin und stellvertretende Bundesvorsitzende, über gemeinnützige Jobs für Langzeitarbeitslose

**SPIEGEL:** Der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle hat eine hitzige Diskussion über Hartz IV entfacht. Fehlen der SPD eigene Ideen in dieser Debatte?

**Kraft:** Nein. Westerwelle hat in unerträglicher Weise Hartz-IV-Empfänger diffamiert. Er tut so, als wären diese Menschen alle Faulenzer. Richtig ist: Es gibt Missbrauch, es gibt Schwarzarbeit. Aber die meisten Hartz-IV-Empfänger wollen arbeiten. Unter ihnen sind bundesweit rund 1,2 Millionen Langzeitarbeitslose mit besonderen Handicaps. Vor allem diese Menschen brauchen ein neues Angebot, das ihnen eine würdevolle Perspektive gibt.

**SPIEGEL:** Was schlagen Sie vor?

**Kraft:** Wir müssen so schnell wie möglich einen gemeinwohlorientierten Arbeitsmarkt aufbauen. Hartz-IV-Empfänger ohne Aussicht auf reguläre Arbeit sollen die Chance bekommen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die Gesellschaft etwas zu leisten. Die Beschäftigung muss anders als bei den Ein-Euro-Jobs langfristig angelegt sein.

**SPIEGEL:** Wo sollen die Jobs herkommen?

**Kraft:** Diese Menschen können zum Beispiel in Altenheimen Senioren Bücher vorlesen, in Sportvereinen helfen oder Straßen sauber halten. In jeder Region sollte ein Expertenteam aus Mitarbeitern der Kommunen, der Bundesagentur für Arbeit, Unternehmern und Gewerkschaften festlegen, welche gemeinnützige Arbeit sinnvoll ist und der Privatwirtschaft keine Konkurrenz macht.

**SPIEGEL:** Wer soll das bezahlen?

**Kraft:** Wir werden eine Lösung ohne Mehrkosten für den Staat finden. Die meisten Langzeitarbeitslosen werden sich über eine sinnvolle Beschäftigung freuen, selbst wenn sie dafür nur einen symbolischen Aufschlag auf die Hartz-IV-Sätze bekommen. Wir müssen endlich ehrlich sein: Rund ein Viertel unserer Langzeitarbeitslosen wird nie mehr einen regulären Job finden.

FRANCHISE-KONZERNE

## Blick in die Intimsphäre

Von ihren Franchise-Nehmern in Deutschland verlangen die amerikanischen Schnellrestaurantketten McDonald's und Subway tiefe Einblicke in die Intimsphäre und die politische Gesinnung. Wer zum Beispiel Partner von Subway werden möchte, muss der Erstellung eines Prüfberichts „in Einklang mit den Anti-Terror-Gesetzen“ wie dem „USA Patriot Act“ zustimmen. Dieser Report soll Informationen über „Charakter“, „Lebensweise“ und „Beziehungen“ enthalten. Die Bewerber haben sogar Auskunft zu erteilen, ob sie „jemals direkt oder indirekt an terroristischen Aktivitäten beteiligt“ gewesen seien.

McDonald's, mit 1333 Filialen Branchenführer in Deutschland, fordert von potentiellen Franchise-Nehmern Angaben über nichteheliche Beziehungen, „körperliche Leiden“ sowie über „Datum und Anlass der letzten ärztlichen Untersuchung“. Moritz Karg vom Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein hält die Praxis der amerikanischen Konzerne „aus datenschutzrechtlicher Sicht für unzulässig“. McDonald's teilte auf Anfrage mit, die Erfassung diene „der grundlegenden Beurteilung und Dokumentation, ob ein Bewerber für so eine weitreichende Geschäftsbeziehung wie einen Franchisevertrag in Betracht kommt“. Subway will zu der Datenerhebung nicht Stellung nehmen.



IMAGEBROKER / VARIO IMAGES